

NIEDERSCHRIFT

**über die öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Hauptausschusses der Stadt
Lüdenscheid**

am 13.08.2007

im Ratssaal

Anwesend:

Vorsitz des Hauptausschusses:

Bürgermeister Dieter Dzewas

von der CDU-Fraktion:

Ratsherr Norbert Adam	CDU	
Ratsherr Oliver Fröhling	CDU	
Ratsfrau Christel Gabler	CDU	
Erste Stellvertretende Bürgermeisterin Ursula Meyer	CDU	
Ratsherr Stefan Pietzner	CDU	
Ratsherr Hansjürgen Wakup	CDU	
Ratsfrau Marianne Weber	CDU	Vertretung für Ratsherrn Schulte

von der SPD-Fraktion:

Ratsherr Ingo Diller	SPD	
Ratsfrau Eveline Haue	SPD	
Ratsherr Harald Metzger	SPD	
Ratsfrau Verena Szermerski-Kasperek	SPD	
Zweiter Stellvertretender Bürgermeister Jens Voß	SPD	

von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen:

Ratsherr Jürgen Appelt	Grüne	Vertretung für Ratsherrn Morisse
------------------------	-------	----------------------------------

von der FDP-Fraktion:

Ratsherr Bruno Schwarz	FDP	
------------------------	-----	--

von der Fraktion Lüdenscheider Liste:

Ratsfrau Angelika Linnepe	LL	
---------------------------	----	--

Ausschussmitglieder mit beratender Stimme:

Ratsfrau Monika Oettinghaus	AfL	Vertretung für Ratsherrn Oettinghaus
-----------------------------	-----	--------------------------------------

Verwaltung:

Erster Beigeordneter Dr. Wolfgang Schröder
Stadtkämmerer Karl Heinz Blasweiler
Beigeordneter Wolf-Dieter Theissen
Herr Michael Walker

Schriftführung:

Frau Ulrike Ehart

Abwesend:

von der CDU-Fraktion:

Ratsherr Bernd Schulte - MdL CDU

von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen:

Ratsherr Hermann Morisse Grüne

Ausschussmitglieder mit beratender Stimme:

Ratsherr Peter Oettinghaus AfL

Beginn: 17:00 Uhr

Ende: 17:30 Uhr

1. Öffentliche Fragestunde

Es liegen keine schriftlichen Anfragen aus der Bürgerschaft vor.

**2. Eintrag der kath. Kirche St. Paulus mit Pfarrsaal und Pfarrhaus, Parkstraße 245 in die Denkmalliste der Stadt Lüdenscheid gem. § 3 Denkmalschutzgesetz NW
Vorlage: 097/2007**

Beschluss:

Die katholische Kirche St. Paulus mit Pfarrsaal und Pfarrhaus, Parkstraße 245 in Lüdenscheid-Brügge wird gem. § 3 DSchG NW in die Denkmalliste der Stadt Lüdenscheid eingetragen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 16

**3. Eintrag des Gebäudes Philippstraße 22 in die Denkmalliste der Stadt Lüdenscheid gem. § 3 Denkmalschutzgesetz NW
Vorlage: 098/2007**

Beschluss:

Das Gebäude Philippstraße 22 wird gem. § 3 DSchG NW in die Denkmalliste der Stadt

Lüdenscheid eingetragen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 16

**4. Anstalt öffentlichen Rechts für die Kultureinrichtungen der Stadt Lüdenscheid / 1. Ergänzung
Vorlage: 099/2007/1**

4.1. Antrag der CDU-Fraktion auf Einrichtung einer Kultur- und Weiterbildungs-AöR unter Voraussetzung der positiven Beantwortung der noch offenen Fragen durch das Finanzamt gem. 3.2 des vorliegenden Berichts

Bürgermeister Dzewas weist darauf hin, dass ein Antrag der CDU-Fraktion als Tischvorlage vorliegt, welcher der Niederschrift als **Anlage 1** beigefügt ist.

Ratsfrau Gabler erläutert den Antrag und geht auf weitere Einzelheiten ein.

Im Rahmen der sich anschließenden Diskussion weist Ratsherr Metzger u.a. auf die nicht auszuräumenden steuerlichen Risiken hin. Er plädiert dafür, abzuwarten und nach der Einführung des Neuen kommunalen Finanzmanagements und der Diskussion um eine generelle Modernisierung der Verwaltung erneut zu überlegen, ob es sinnvoll sei, Kultureinrichtungen in eine Rechtsform außerhalb der Verwaltung zu überführen.

Nach weiterer kurzer Aussprache stellt Bürgermeister Dzewas den Antrag der CDU-Fraktion - Auf Einrichtung einer Kultur- und Weiterbildungs-AöR unter Voraussetzung der positiven Beantwort der noch offenen Fragen durch das Finanzamt gem. 3.2 des vorliegenden Berichtes - zur Abstimmung

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 8
Nein-Stimmen: 8

Stimmengleichheit - der Antrag wird abgelehnt.

**5. Überplanmäßige Mittelbereitstellung für die Neugestaltung des Rathausumfeldes
Vorlage: 105/2007**

Beschluss:

Bei der Haushaltsstelle 1.610.9501.0 „Rathausumfeld“ werden überplanmäßig 110.000,00 € bewilligt.

Die Deckung erfolgt durch Einsparungen/außerplanmäßige Einnahme bei folgenden HHSt.:

1.631.9502.0 „Schillerstraße“ 8.000,00 €

1.630.3614.2 „Zuschuss rechnergesteuertes Betriebsleitsystem“ 102.000,00 €

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 16

6. Erweiterung des Denkmalumfangs der bereits in die Denkmalliste der Stadt Lüdenscheid eingetragenen ev. Christuskirche Vorlage: 210/2005/1

Beschluss:

Die beschriebene Orgel wird gem. § 3 DSchG NW als Erweiterung des Baudenkmals ev. Christuskirche, Lüdenscheid unter der lfd. Nummer 52 in die Denkmalliste der Stadt Lüdenscheid eingetragen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 16

7. Berichtswesen, hier: Mündliche Berichte

Keine.

8. Bekanntgaben, Beantwortung von Anfragen und Anfragen

8.1. Bekanntgaben

Keine.

8.2. Beantwortung von Anfragen

8.2.1. Einsatz von Voice-over-IP

Aufgrund der Anfrage von Ratsherrn Pietzner in der Sitzung des Hauptausschusses am 21.05.2007 wird die Beantwortung durch das Amt für Information und Kommunikation vom 06.07.2007 wie folgt der Niederschrift beigelegt:

„Der Einsatz von Voice-over-IP bei der Stadt Lüdenscheid in unterschiedlichster Ausprägung wurde bereits mehrfach beleuchtet und die Entwicklung wird laufend beobachtet.“

Derzeit ist hierzu folgender Sachstand festzustellen:

- die Stadt Lüdenscheid betreibt eine leistungsfähige und relativ neue Telefonanlage der Firma „Alcatel“. In Verbindung mit der technisch aktuellen Verkabelung (Leitungen) für Telefonie besteht derzeit keine technische Notwendigkeit, Daten und Telekommunikation zu ‚vereinen‘,
- VOIP bietet derzeit weniger Leistungsmerkmale als ein herkömmlicher ISDN-Anschluss,
- die Systemkomplexität und damit die erforderliche Qualifikation der Mitarbeiter steigt,
- die Anforderungen an Verfügbarkeit und Sicherheit sind derzeit nur mit höheren Aufwänden zu realisieren,
- daher wird VOIP derzeit für einen Betrieb/eine Verwaltung dieser Größenordnung auch seitens der Firmenvertreter als nicht sinnvoll eingestuft,
- die Umstellung ist mit hohen Kosten verbunden:
 - Für eine Umstellung der gesamten Infrastruktur fallen rund **400.000,00 €** für die Aufrüstung der Telefonanlage, das Auswechseln von rund 700 Telefonen, Erwerb von zusätzlicher Software und die Beauftragung von umfangreichen Dienstleistungen zur Einrichtung der Telefonanlage und Programmierung der Switche an.
 - Für eine Umstellung lediglich der Außenstellen sind aufgrund des geringeren Aufwandes **rd. 130.000,00 €** einzukalkulieren.

Diesen erheblichen Einrichtungskosten können lediglich voraussichtliche **Einsparungen** im Bereich der Leitungskosten (Verbindung Rathaus->Außenstellen) in Höhe von **rd. 11.000,00 € Jahr** gegenübergestellt werden.

Aus technischer Sicht ist ein Umstieg und eine Verschmelzung der Netze (derzeit) nicht erforderlich und bringt keinen Mehrwert, eher einen Rückschritt. Wirtschaftliche Vorteile können derzeit ebenfalls nicht gerechnet werden.

Ein Umstieg auf Voice-over-IP wird erst dann wirtschaftlich, wenn die jetzige Telefonanlage ausgetauscht oder aber ein anderer technologisch bedingter Umstieg im Bereich der Telefonie erforderlich wird. Der Einsatz von Voice-over-IP wird auch bei zukünftigen Projekten immer entsprechend mit geprüft werden.“

8.3. Anfragen

Keine

Dzewas
Vorsitzender

Ehrt
Schriftführerin